

dem Hintergrund einer sittlichen Selbstbeschränkung der Menschen ihre volle Wirkung entfalten (vgl. Jörke 2011: 251). Doch warum setzt sich Tocqueville dennoch etwa im ersten Band der *Demokratie in Amerika* oder in seiner praktischen Tätigkeit in der Verfassungskommission für eine bestimmte Form der Institutionalisierung der Demokratie ein? Dies hängt, wie ich im Folgenden zeigen werde, mit den von ihm beschriebenen Gefahren der Demokratie zusammen, die ebenfalls von der Differenz zwischen dem gesellschaftlich-sozialen und dem institutionell-herrschaftsförmigen Demokratiebegriff geprägt sind.

3 Tyrannei der Mehrheit und politische Institutionen

Tocquevilles politische Gegnerschaft wird heute weniger in der Ablehnung des Sozialismus als in der Kritik der »Tyrannei der Mehrheit« gesehen. Ich werde hier daher auf seine Darstellung dieser Vorstellung eingehen, weil sie seinen Demokratiebegriff im Hinblick auf die Gefahren der Demokratie weiter schärft: Bei Tocqueville lassen sich nämlich Hinweise sowohl auf eine »Tyrannei« finden, die auf der Vorstellung einer *sozialen Konformität* beruht, als auch auf eine dezidiert *politische* »Tyrannei«, die die Übernahme der Regierungsinstitutionen durch eine zahlenmäßig überlegene Mehrheit beschreibt – wobei für ihn die erstere von größerer Bedeutung ist. Wenn Tocqueville nämlich von der »Tyrannei der Mehrheit« spricht, hat er meistens nicht die Übernahme der Regierungsinstitutionen durch eine »despotisch« regierende Mehrheit im Auge. Im 18. Jahrhundert galt die »Tyrannei der Mehrheit« vor allem für die Vertreter der republikanischen Theoriebildung als ein zu bekämpfendes Problem (vgl. de Dijn 2019). So ging es dem Mitverfasser der *Federalist Papers*, James Madison, im berühmten Artikel 10 darum, zu verhindern, dass es einer »Faktion« durch ein demokratisches Regierungssystem ermöglicht werde, »das öffentliche Wohl und die Rechte anderer Bürger ihrer Leidenschaft oder ihrem Interesse zu opfern« (Hamilton et al. 1994: 56). Madison selbst sah dafür institutionelle Gegenmaßnahmen vor, wie die Repräsentation durch in seinen Augen besonders fähige Angehörige der Oberschicht und die Vergrößerung des Gemeinwesens unter einer föderalen Grundstruktur.

Bei Tocqueville ist hingegen auch mit Blick auf den Begriff der »Tyrannei der Mehrheit« ein Vorrang der sozialen gegenüber der politisch-institutionellen Dimension zu erkennen. Er bezeichnet damit in erster Linie einen sozialen Mechanismus der Konformität, der demokratische Gesellschaften präge. Dieser Mechanismus untergrabe fortwährend die Geltung der Interessen und Entfaltungsmöglichkeiten von Minderheiten und Individuen. Wenn Tocqueville von der »Allmacht der Mehrheit« spricht, dann meistens im Zusammenhang mit der Dynamik der öffentlichen Meinung, die über ihren Einfluss auf das Denken der Menschen alle öffentlichen Institutionen zu beherrschen drohe. Das Prinzip der

Mehrheit, so seine These, »umspannt in Amerika das Denken mit einem erschreckenden Ring« (DA: 294). Die Macht der Mehrheit würde sogar, indem sie vor allem das Denken betrifft, »alle in Europa bekannten Mächte« (DA: 293) übertreffen, da sie nicht auf den Körper, sondern auf die Seele ziele:

»Unter der unumschränkten Alleinherrschaft schlug der [europäische] Despotismus in roher Weise den Körper, um die Seele zu treffen; und die Seele, die diesen Schlägen entwich, schwang sich glorreich über ihn hinaus; in den demokratischen Republiken jedoch geht die Tyrannei nicht so vor; sie übergeht den Körper und zielt gleich auf die Seele.« (DA: 295)

Für Tocqueville ist diese »Tyrannei« im Gegensatz zur monarchischen Gewalt in Europa unumgebar, weil man stets auf das Wohlwollen der Mehrheit angewiesen sei (vgl. DA: 295f.). Die Dynamik einer solchen *sozialen* »Tyrannei der Mehrheit« führt bei Tocqueville zu einer Form des »höfischen Geistes«, der denjenigen des feudalen Europas ebenfalls bei weitem übersteige: Nicht dem Monarchen müsse stets geschmeichelt werden, sondern allen Mitbürgern gleichermaßen und zu jeder Zeit (vgl. DA: 297f.). Wie Horwitz zusammenfasst, entfalte sich bei Tocqueville eine moralische Kraft der öffentlichen Meinung, für die statt einer »Tyrannei der Mehrheit« eher der Begriff der »Tyrannei der Einmütigkeit« (*unanimity*) adäquat wäre (vgl. Horwitz 1966: 302ff.).

Diese Perspektive auf die Gefahren der Zentralität des Majoritätsprinzips hat auch Auswirkungen auf die Funktionen, die Tocqueville politischen Institutionen zuschreibt. Wie ich oben bereits dargestellt habe, schreibt er ihnen in seiner Demokratietheorie gegenüber der Gesellschaft und ihren Sitten nur eine sekundäre Bedeutung zu und betont eher die Disziplinierung der Menschen durch soziale Institutionen wie Familie und Religion (vgl. Jörke 2011: 252, Schneck 1989: 653). Seine Demokratietheorie zielte letzten Endes nicht darauf ab, den Institutionen einen zentralen Stellenwert zuzuschreiben. Warum also sollte man sich mit Tocquevilles Institutionenpolitik beschäftigen, wenn er sie doch selbst als zweitrangig erachtete?

Erstens, weil Tocquevilles *Fragestellung* für die liberale Demokratietheorie dennoch nachhaltig prägend war. Sie ergibt sich aus der Vorstellung einer überlegenen Klasse qua Qualifikationen und Einstellungen gegenüber dem nun politisierten Großteil der Gesellschaft – in Tocquevilles Worten, dem »Pöbel« (DA: 321). Wie kann somit angesichts des Siegeszugs der Demokratie und den sozialistischen Bestrebungen im 19. Jahrhundert eine Ordnung aufrecht erhalten werden, die nicht nur den Fortbestand des Privateigentums, sondern auch die Vorherrschaft dieser politischen Klasse sichert?

Zweitens sollte man sich mit Tocquevilles Institutionenpolitik beschäftigen, weil seine Warnungen vor der sozialen »Tyrannei« stets das Potenzial des Um-

schlagen in eine politische Form derselben enthalten: Mit der von Tocqueville beschriebenen »Massengesellschaft« sei eine Gesellschaft gemeint, die aus atomisierten Individuen bestehe, welche beispielsweise von Femia stets als »ripe for exploitation by aspiring despots who would transform democracy into an all-encompassing plebiscitary dictatorship« (Femia 2001: 15) beschrieben werden. Auch bei Tocqueville selbst gibt es Äußerungen, die auf eine derartige Furcht hindeuten. So gehöre es »zum Wesen der demokratischen Regierungen, daß die Macht der Mehrheit unbedingt gilt« (DA: 284). Seinem französischen Publikum erklärt er diese Eigenart des politischen Systems der USA, indem er die Herrschaft der Mehrheit mit der Unfehlbarkeit des Königs in Frankreich gleichsetzt. Demnach sieht er den Souverän in den USA im Volk selbst: »In Amerika ist der Grundsatz der Volkshoheit nicht wie in manchen Völkern verborgen oder unfruchtbar; er wird durch die Sitte anerkannt, durch die Gesetze verkündet; er breitet sich frei aus und gelangt unbehindert zur vollen Geltung.« (DA: 63) Er selbst hält diese Form der Volkssouveränität, »in der die Mehrheit des Volkes in bezug auf die Regierung das Recht hat, alles zu tun, für ruchlos und verabscheuungswürdig« (DA: 289). Dass dabei das »Volk im eigentlichen Sinne« bei Tocqueville aus denjenigen besteht »die von der Arbeit ihrer Hände leben« (E: 119), deutet darauf hin, dass er in der drohenden Herrschaft der zahlenmäßig überlegenen »unteren Klassen« eine Gefahr sieht. Ganz im Einklang mit seiner eigenen Position würden seiner Ansicht nach insbesondere die Reichen deshalb das Volk und seine Macht fürchten und verachten (vgl. DA: 205). Bereits im ersten Band von *Über Demokratie in Amerika* ist Tocqueville mit Blick auf die Selbstregierungsfähigkeit des Volkes sehr skeptisch und schreckt auch nicht vor diffamierenden Aussagen über das amerikanische Volk zurück, wenn er etwa schreibt, dieses sei »ein gefährlicherer Pöbel als sogar derjenige Europas« (DA: 321).²¹ In diesen Zusammenhang ist sein positiver Bezug auf Madison einzuordnen: Er bezieht sich auf das Potenzial, dass »die mächtigste Partei imstande wäre, ihre Kräfte leicht zu vereinigen und den Schwächeren zu unterjochen« (DA: 300²²). Tocqueville sieht vor allem die Gesetzgebung, das Parlament, als potenzielles Vehikel für diese »Tyrannei der Mehrheit« im Sinne Madisons an.²³

21 Laut Femia fungiert Tocqueville damit als Stichwortgeber für Gustave Le Bons »Massenpsychologie«: Dessen abwertende Metapher der »Wählermassen« sei nicht mehr als eine logische Verlängerung der Gedanken Tocquevilles (vgl. Femia 2001: 69).

22 Im Original lautet das Zitat: »In a society, under the forms of which the stronger faction can readily unite and oppress the weaker, anarchy may as truly be said to reign [...]« (Hamilton et al. 2001: 271).

23 Bereits bevor sie tyrannische Züge annehme, sei die Gesetzgebung in demokratischen Staaten durch die häufigen Wechsel bei Regierung und Abgeordneten unbeständig, sodass – stets unter dem Zwang, bei der Mehrheit auf Wohlwollen zu stoßen – manche Gesetzgebungsverfahren überstürzt angegangen werden, andere hingegen aufgrund des Mangels an öffentlicher Aufmerksamkeit unvollständig geblieben sind (vgl. DA: 287). In Anlehnung an

Ein dritter Aspekt spricht ebenfalls für dafür, dass Tocqueville die Bedeutung der Sphäre politischer Institutionen trotz seines Fokus auf die gesellschaftlichen Bedingungen nicht geringgeschätzt oder vernachlässigt. Wie Maletz aufgezeigt hat, lässt sich bei Tocqueville eine weitere Form von Despotismus feststellen, die nicht in der sozialen »Tyrannei« der öffentlichen Meinung oder der politischen »Tyrannei« im Sinne Madisons aufgeht – und eher in Frankreich als in den USA anzutreffen ist (vgl. Maletz 2002: 759f.). Das hängt damit zusammen, dass diese Form, die Tocqueville in *Über die Demokratie in Amerika* selbst als »Verwaltungsdespotie« (DA: 815) bezeichnet, besonders in Staaten mit einer starken Zentralgewalt wie Frankreich²⁴ drohe, insbesondere wenn die Demokratisierung voranschreite. Tocqueville war der Ansicht, ein »demokratisches Volk neigt instinktiv zur Zentralisierung« (Tocqueville 2006d: 98, siehe auch DA: 794f.), weshalb auch der Verwaltungsdespotismus vor allem in demokratischen Zeitaltern zu fürchten sei (DA: 818). Besonders die Verquickung von Zentralisierung und Volkssouveränität könne die Entstehung eines neuen Despotismus bewirken (vgl. DA: 814). In dieser Form des Despotismus würden die Menschen sich nicht von Tyrannen, sondern von »Vormündern« beherrscht sehen. Diese Argumentationsstrategie findet sich nicht nur an dieser Stelle: Sie steht auch im Zentrum von Tocquevilles Kritik an den Formen eines Sozialstaats, die seine sozialistischen Gegner fordern. Allen voran die staatlich geregelte Armenfürsorge lehnt er ab:

»[...] [J]ede Maßnahme, welche die gesetzliche Wohltätigkeit auf eine beständige Grundlage gründet und ihr eine administrative Form gibt, erzeugt damit eine untätige und faule Schicht, die auf Kosten der Gewerbe treibenden und arbeitenden Schichten lebt. Das ist, wenn auch nicht ihr unmittelbares Ergebnis, so doch ihre unvermeidbare Folge.« (Tocqueville 2006c: 72)

Für Tocqueville würden die Menschen unter diesem selbstverschuldeten, vormundhaften Despotismus des Zentralstaates in Situationen der Bedürftigkeit stets ihre »Blicke auf jenes riesenhafte Wesen [den Staat], das als einziges das allgemeine Hinabsinken überragt« (DA: 790), richten, wobei ein in seinen Augen zentraler Anreiz zu arbeiten, nämlich um zu überleben, verloren gehe, sobald er sich auf fremde Hilfe verlassen könne (vgl. Breier 2004: 73). Tocquevilles Kritik der »Tyrannei« der Verwaltung ist also immer an seine Gegnerschaft zu sozialistischen Ideen geknüpft.

Wenn also im Folgenden Tocquevilles institutionenpolitische Interventionen näher betrachtet werden, ist stets zu beachten, dass sie nicht die Lösung für die in seinen Augen größten Gefährdungen der Freiheit bereithalten können. Tocquevilles

Thomas Jefferson, den er mit Blick auf die Gesetzgebung zitiert, sieht er in der »Tyrannei der Gesetzgeber« eine Gefahr, die noch drängender sei als eine »Tyrannei der Regierung«.

24 Zum Ausmaß der Zentralgewalt in Frankreich vgl. Tocqueville 2006d: 103.

Fokus hat sich auf die gesellschaftlich-soziale Dimension der Demokratie verschoben, gegen deren »Tyrannei« er keine institutionelle Vorkehrung zu finden vermag. Dementsprechend fällt seine Einschätzung über die Zukunft der Demokratie im zweiten Band der *Demokratie in Amerika* pessimistischer aus. Trotz des Fokus auf die soziale »Tyrannei« der öffentlichen Meinung ist aber die Gefahr einer »politischen Tyrannei« auch für Tocqueville nicht gebannt. Insbesondere in der demokratischen und zentralisierten Verwaltung sieht er eine Bedrohung der Freiheit, und dies nicht zuletzt, weil diese oft mit sozialistischen Forderungen verbunden ist, deren Durchsetzung sie ermöglicht. Für Tocquevilles Nachfolger in der Tradition liberaler Demokratietheorie wie John Stuart Mill stellt auch Tocquevilles Diagnose der »Allmacht der Mehrheit« einen wichtigen Anknüpfungspunkt dar. Der Verschiebung seines Fokus zum Trotz hat sich aber auch Tocqueville theoretisch und praktisch bis in die letzten Jahre seines Wirkens mit politischen Institutionen auseinandergesetzt und sie zu prägen versucht, wie etwa als Mitglied der Verfassungskommission von 1848.

Mir geht es in den folgenden Kapiteln darum, zu zeigen, wie Tocqueville die in seinen Augen unvermeidliche Ankunft der Demokratie durch Institutionenpolitik einzuhegen versucht – trotz seiner tiefsitzenden Skepsis. Wie oben beschrieben ist es sein Ziel, die schädlichen Einflüsse der Demokratie einzuhegen, ihre Durchsetzung abzdämpfen, sie zu belehren und schließlich in eine neue Ordnung zu überführen, die sowohl das Privateigentum als auch die Regierung durch diejenigen »Lenker der Gesellschaft« (DA: 9) sicherstellt, die er dazu in der Lage sieht.

4 Wahlen

In Tocquevilles Äußerungen zur Institution der Wahl zeigen sich sowohl seine Befürchtungen in Bezug auf eine ungehinderte Demokratisierung als auch seine Ideen und Versuche, diese über institutionelle Stellschrauben so einzurichten, dass sie zu seinem ausgelobten Ziel führen. Dabei ist zu bedenken, dass Tocquevilles Äußerungen zu Wahlen trotz einiger Konstanten keinen systematischen Charakter haben (vgl. Jörke 2011: 250), sondern stets in bestimmten Situationen geäußert wurden, wie etwa den Beschreibungen der Wahlpraxis in Amerika, den Beiträgen in der Verfassungskommission 1848 oder den Berichten über die Wahlversammlungen in England. Seine spezifischen Vorstellungen über die Einrichtung von Wahlen bewirken auf dieser Basis, dass nicht etwa eine möglichst starke Bindung zwischen Wählenden und Gewählten aufgebaut wird, sondern eine Distanz zwischen dem einfachen »Volk« und einer relativ selbständigen politischen Elite, die die politischen Entscheidungen trifft, bestehen bleibt (vgl. ebd.: 250).

Wahlen sind für Tocqueville die Institution, über die die Idee der *Volkssouveränität* in eine konkrete politische Praxis umgesetzt wird. Damit grenzt er sich von